

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Feiertagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Großbestellungen oder bei direktem Bestellen ohne Bestellgebühr monatlich 2,50 Mk. bei Zustellung unter Straßendruck 3,50 Mk. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen.

Inserate sollen die Nachmittags-Nonpareilspalte oder deren Raum 60 Pf. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 40 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf., Kreuzungszuschlag 50 Pf., Familien- und Veranlassungsanzeigen (außer der Zuschlag) 10 Pf. Interate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgeben sein. Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19. Geschäftsverh.: Amt Nordens 9:08

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Leipzig gegen die weißen Gardien.

Ein Protest der Leipziger Arbeiter.

Privatelegramm der „Freiheit“.

Leipzig, 6. Mai.

Der große Arbeiterrat beschloß in seiner gestrigen Sitzung: Versucht die Regierung oder das sächsische Ministerium die Durchführung des Belagerungszustandes mit Hilfe der Kohe-Truppen zu erzwingen, so wird sofort der Generalkrieg proklamiert. Als Streikforderungen gelten folgende: 1. Aufhebung des Belagerungszustandes, 2. Freilassung der politischen Gefangenen und Niederschlagung aller politischen Verfolgungen, 3. Auflösung der Freiwilligenverbände und Entwaffnung des Bürgertums und der Offiziere, Bewaffnung des Proletariats, 4. den Betriebs- und Arbeiterräten ist über Regelung der Arbeitsverhältnisse, sowie Art und Umfang der Produktion entsprechender Verhältnisse einzuräumen. 5. Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Rußland und Ungarn.

Der Antrag ist angenommen worden von den Arbeiterräten der Unabhängigen Sozialdemokraten und der Kommunisten gegen die Stimmen der Demokraten und Rechtssozialisten, die im Arbeiterrat nur in einer verschwindenden Minderheit sind.

Die Opfer in München.

In München ist wieder Ruhe eingeleitet. Aber diese Ruhe ist teuer bezahlt worden. Während die weißen Gardien nur etwa 40 Tote und 100 Verwundete hatten, belaufen sich die Verluste der Bevölkerung auf viele Hunderte. Eine Meldung spricht von über 900 Toten und zahllosen Verletzten. Vielleicht ist diese Zahl zu hoch gegriffen, amtlich sind jedenfalls schon rund 300 Tote festgestell worden. Die bürgerlichen Parteien wollen die Situation ausnützen. Sie fordern in einem Aufruf die sofortige Entwaffnung der alten Armee und aller Zivilisten; wo unter sie natürlich die Arbeiter verstehen, denn gegen die Bildung von weißen Gardien werden sie nichts einzuwenden haben. Außerdem verlangen sie, da wir doch in der Zeit der Presse- und Meinungsfreiheit leben, die Verhinderung jeder weiteren Propaganda in Wort und Schrift zugunsten der Diktatur des Proletariats, Bestrafung der verantwortlichen Führer durch die Gerichte und Ausweisung aller politischen, nicht einwandfreien landfremden Elemente. Die meisten dieser Forderungen hat bereits die Regierung zum Gesagten. Die Untersuchung über die Ermordung der Geiseln hat der rechtssozialistische Parteiausschuß übernommen.

Vor den Friedensverhandlungen.

Amsterdam, 6. Mai.

Noch einer neuer Meldung aus Paris haben Clemenceau, Lloyd George und Wilson gestern nachmittags die Vorbereitungsarbeiten im Trianon-Hotel, wo die Ueberreichung der Friedensbedingungen stattfinden wird, beendigt.

Die Zugeständnisse an Italien.

Amsterdam, 6. Mai.

„Telegraaf“ meldet aus London: Der „Daily Mail“ zufolge verlautet, daß Italien das Mandat über Jara und, wenn möglich, auch noch über einen anderen Punkt an der balkanischen Küste erhalten soll.

Die Wahlen in Oesterreich.

Wien, 5. Mai (Korrespondenz).

Dem Wiener Gemeinderat gehören nach den gestrigen Wahlen 21 weibliche Mitglieder an, 6 christlich-soziale, 15 sozialdemokratische. Die gewählten Tischgesellschaften waren auf den Stimmgeldern als sozialistische und demokratische Tischgesellschaften bezeichnet. Da diese Tischgesellschaften in wirtschaftlichen Fragen mit den deutschen Sozialdemokraten Hand in Hand gehen dürften, werden die Sozialdemokraten im Landtage über die einfache im Gemeinderat sogar über die qualifizierten Mehrheit verfügen.

Wachsender Widerstand der ungarischen Truppen.

Eigener Drahtbericht der „Freiheit“.

Budapest, 5. Mai.

Das Armeekommando berichtet: Wir halten die Tscheden sicher in unseren Händen. Die Tscheden leben von Nihilismus und ihren Boeremarsch fort. In Richtung Seges gelangten sie

bis nach Tebes, von wo sie unsere Truppen aufforderten, Seges zu räumen. Dieser Aufforderung wurde keine Folge geleistet. Zwischen Pucsek und Salgoarjan gingen unsere vorgeschobenen Abteilungen in die Hauptverteidigungslinie nördlich Salgoarjans zurück. Im Gegenangriff warfen wir die Tscheden, die bei Tebes die Gabel überschritten, auf das nördliche Ufer zurück. Innerhalb der Roten Armee ist die Ordnung wieder hergestellt. An der rumänischen Front sind unsere Truppen zum Gegenangriff übergegangen, haben mehr als 30 Kilometer zurückgelegt, die Stadt Szolnok im heftigen Straßenkampf zurückerobert und die feindlichen Truppen über die Theiß zurückgeworfen. Jenseits der Theiß haben unsere Proletariatstruppen neue Kampfstellungen bezogen. Es wurden fünf Geschütze eine Anzahl Maschinengewehre und viele Gefangene einbracht. In Budapest werden die Rüstungsarbeiten eifrig fortgesetzt. Neue Barrikaden sind zur Front abgegangen, so daß den Eindringlingen schon in den nächsten Tagen unangenehme Uebererraschungen bevorstehen.

Zahlreiche Meldungen zur Roten Armee.

Privatelegramm der „Freiheit“.

Budapest, 6. Mai.

Der Aufruf des Budapest Arbeiter- und Soldatenrats findet bei der Arbeiterschaft begeisterten Widerhall. Der Volksbeauftragte für Oesterreich Bela Szanto hat mitgeteilt, daß sich im Laufe des Samstags und Sonntags für 25 Bataillone eine ausreichende Zahl von Arbeitern gemeldet hätten. Bis Montag mittag wurden 13 Bataillone marschbereit gemacht.

Der Ueberfall auf die ungarische Botschaft.

Die ungarische Regierung bezeichnet den Ueberfall auf die ungarische Botschaft in Wien, wie uns ein Privatelegramm meldet, als einen regelrechten Raubüberfall der ungarischen Gegenrevolutionäre. Der Leiter des Streiches war der ungarische Generalleutnant Zolnay, unter seinem Vorhieb beschloß die in Wien tätige ungarische Liquidierungskommission die Beschlagnahme des ungarischen Palais in der Bankgasse. 150 Millionen Kronen wurden beschlagnahmt. Die verhafteten ungarischen Beamten Volgar und Salant wurden in das Franziskanerkloster gebracht. Dort erklärten die ungarischen Offiziere, im Auftrag der deutsch-österreichischen Regierung zu handeln. Die Verhafteten sind inzwischen befreit worden. Die Polizei in Wien hat eine Anzahl Personen, darunter mehrere ungarische Offiziere, verhaftet.

Ausfahrungen gegen die Juden in Warschau.

Ueber die Ereignisse, die vom 23. bis 24. April in Warschau gegen die Juden stattgefunden haben, sind nähere Nachrichten vorhanden. Aus den Berichten der Warschauer Zeitungen geht hervor, daß in diesen Tagen kleinere und größere Gruppen bewaffneter Soldaten aus Polen in den Gassen des Rudentierles herumgezogen sind und unter dem Vorwande, nach Waffen zu suchen, Wohnungen geplündert und gegen die Bewohner Erpressungen verübt haben. In den Straßen selbst hielten sie die Passanten an, mißhandelten sie und plünderten sie aus. Da die Militärpatrouillen den Plünderern gegenüber machtlos waren, wurden auf Veranlassung des Magistrats auf Antrag der jüdischen Abgeordneten größere Abteilungen gegen die „Polener“ gesandt, die schließlich ihrer Herr wurden. Der Kommandant der polenischer Militär-Abteilung, Leutnant Kobza, wurde verhaftet.

Neufrei der Referendare.

Aus den Kreisen sozialistischer Studenten der Rechtswissenschaft geht uns eine Zuschrift zu, in der darüber gesagt wird, daß Gerichtreferendare in Preußen weder Befolgung noch Feuerungsbeihilfe noch Krankengünstigung erhalten, so daß es proletarischen Rechtsjüngern unmöglich ist, diesen Studien-zweig zu ergreifen. Dieses Joch bleibe daher nur Schonen reicher Eltern vorbehalten, die es ja am nötigsten hätten, sich einen ihren Interessen dienenden Richterstand zu schaffen. Gegenwärtig wird die Auskulturation der Referendare dazu benutzt, sie zu Weisgardisten zu pressen oder zu Streikbrechern für einen drohenden Ausstand der Rechtsanwalts-Bureauangehörigen zu verwenden.

Die Zuschrift bemerkt, daß das Studium der Rechtswissenschaft noch immer das Privileg der besitzenden Klasse ist. Alle Aufschüsse sind bisher ungehört an unserem mittelalterlichen Justizministerium verhallt.

Neue Ansätze.

Von George Young.

Der nachstehende Aufsatz, den wir der eben erschienenen Nummer 18 des „Sozialist“ entnehmen, gibt interessante Aufschlüsse über das Entstehen des Rätegedankens in England und die Versuche, ihn mit dem Gedanken der Volksvertretung zu verbinden. Die Ausführungen sind um so beachtenswerter, als sie von einem Manne herrühren, der nicht nur die Verhältnisse seines englischen Heimat genau kennt, sondern seit längerer Zeit das Deutschland der Revolution als sozialer Beobachter studiert.

Die augenblickliche Stellung der englischen Arbeiterbewegung ist kurz gesagt dieselbe, wie es bis zur Novemberrevolution die der deutschen Arbeiterbewegung war. In England sind die großen Trades Unions noch die treibende Kraft der Bewegung, und die „Betriebsräte“ oder, wie wir sie nennen, die „Shop Stewards Committees“ sind noch in ihrem primitivsten Stadium und ohne politischen Einfluß. Die zwei letzten Phasen der Bewegung sind erstens der unabhängigen Initiative der hauptsächlichsten Trades Unions zu verdanken, die für Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit agitierten, und zweitens dem allgemeinen Druck, der von den organisierten Arbeitern auf die Regierung ausgeübt wurde in der Richtung einer Verbesserung ihrer politischen Stellung. Die erste dieser Phasen erhebt aus dem Bericht der Sankey-Kommission, die zweite aus dem Bericht der Nationalen Industrie-Konferenz.

Die größten der großen Trades Unions sind die der Bergarbeiter, der Eisenbahner und der Transportarbeiter, die als der „Dreibund“ bekannt sind. Ein gemeinschaftliches Vorgehen dieser drei Gewerkschaften würde die gesamte industrielle Tätigkeit Englands lahm legen, und eine Drohung eines gemeinsamen Streiks des Dreibunds brachte die Arbeiterbewegung innerhalb vier Monaten seit der Einstellung der Feindseligkeiten in die politische Arena. Die Arbeiter-Ratgeber in der englischen Regierung haben sich als so geschickt erwiesen, jede Arbeiterforderung zu verzögern und zu vereiteln, daß nichts geringeres als ein solches Ultimatum des „Dreibunds“ die Regierung zum Handeln zwingen konnte. Die Bergarbeiter waren die derbsten und am meisten vorwärts drängenden unter den Dreibundlern, und dementsprechend wurde eine Kohlen-Kommission aus den Vertretern der Minenbesitzer und der Bergarbeiter unter dem Vorhieb des Richters Sankey ernannt, die während des letzten Monats einen Bericht von größter Wichtigkeit herausgab. Er verurteilte das Privateigentum und versprach für einen baldigen Termin einen Bericht über die Frage der Verstaatlichung. Ein Vorkriegslog der Bergwerksbesitzer für einen Nationalen Trust, der die Interessen sowohl der Bergarbeiter wie der Minenbesitzer vertreten sollte, war glücklicherweise durch den Verband der Bergarbeiter zurückgewiesen worden. Denn diese Politik der Vereinigung der Interessen von Kapital und Arbeit in einer einzelnen Industrie auf Kosten der Allgemeinheit war ebenso unglücklich wie nutzlos.

Die Forderungen der Bergarbeiter in Bezug auf Arbeitszeit und Löhne wurden im allgemeinen bewilligt, und der Bericht ist danach mit geringer Opposition angenommen worden. Die Eisenbahner wurden in weniger generöser Weise behandelt, und die verhältnismäßig schwächeren Transportarbeiter erhielten noch weniger. Aber das allgemeine Resultat war, daß die Nationalisierung der Bergwerke und Eisenbahnen um ein gutes Stück vorwärts gebracht und daß die Beteiligung der Arbeiter an der Kontrolle gewissermaßen praktisch angebahnt und prinzipiell anerkannt wurde. Es ist ein Beispiel des stufenweisen Fortschrittes, durch den sich in England revolutionäre Wandlungen vollziehen, indem man den hervorragendsten Gegnern praktische Konzessionen vor einer herannahenden Krise macht.

Dieser Bruch ernsthaften Fortschritts durch zeitweilige Konzessionen an die mächtigeren Arbeiterorganisationen ist teilweise ergänzt worden durch eine zweite Entwicklung, die auch für die schwächeren Arbeiterelemente einiac Verbesserungen verspricht.

Als im Jahre 1915 der Bursafrieden vereinbart wurde und die Trades Unions einwilligten, ihre Bestimmungen

ernten Kosten sachlichen Wert. Sie zeigt vorbildlich, wie ein solches Problem angefaßt werden muß, und daß eine noch so radikale Gestaltung nicht den Charakter der Wissenschaftlichkeit zu verlieren braucht. Man muß gerade bei diesen Gutachten die Unvoreingenommenheit der Verfasser, das Fehlen jedes Dogmatismus und Anerkennen feststellen. Deshalb hat man bei diesem Bericht durchaus nicht das Gefühl einer hübschen, theoretischen Arbeit, vielmehr gewinnt man die Ueberzeugung, daß hier sehr praktisch vorgegangen wurde — ja, darüber hinaus wird man ernstlich prüfen müssen, ob das Verhalten der Reichsregierung der Sozialisationskommission gegenüber nicht eine Sabotage am Aufbau des neuen Deutschlands bedeutet. Am 12. März machte die nicht ganz unbefangene „Deutsche Allgemeine Zeitung“ die Mitteilung, daß bereits an amtlicher Stelle über die Frage der Verfertigung und der Hochpreiserei abschließende Urteile vorliegen, so daß gewissermaßen die Arbeit der Sozialisationskommission überflüssig sei. Wo ist das abgeschlossene Urteil, das am 12. März bereits der Regierung vorlag? Jemandem geduldet hat sie nichts mehr. Die Regierungsmehrheit ruht in mächtigem dunklen Schoß...

Die „Frankfurter Zeitung“ gibt dann den geschmähten Kommissionsbericht inhaltlich wieder und schließt dann mit folgenden bemerkenswerten Worten:

„Wie man sich aber auch zur Sozialisation der Hochpreiserei stellen wird, niemand, der einen Funken von Erwerbswillen in sich hat, wird billigen können, daß diese Frage und die Arbeit der Sozialisationskommission distanzlos verschwinden soll.“

Die wahren Gründe der Stilllegung der Heereswerkstätten.

In einem Artikel in Nr. 227 der „Völkischen Zeitung“ hat der Oberingenieur Franz Hendrichs die Gründe auf, die es verhindert haben, daß es in sechs Monaten nicht möglich gewesen ist, die Grundlagen für ein erprobtes Arbeiter- und Heereswerkstätten zu schaffen. Hendrichs sagt: „Bereits Mitte November hatte Ober-Reg.-Rat Romberg, der verdienstvolle Chefingenieur des Waffen- und Munitionswerkstättenamtes, Maßnahmen für die Entmilitarisierung aufgestellt: für den möglichst weit durchzuführenden Abbau der Werkstätten, für die Aufrechterhaltung in Friedenszeiten, für die Umstellung des Geschäftsganges nach Art privater, wirtschaftlicher Betriebe. Im Vordergrund stand der Hinweis auf die Notwendigkeit und Bedeutung schneller Entschlüsse. Jeder Tag bedeutete Millionenverluste, Wehrung der Arbeitslosigkeit und schließlich Anarchie. So sprach der dazu berufene Chefingenieur, ihm zur Seite ein Stab geschulter Mitarbeiter aus der Kriegszeit. Was war der Erfolg? Obgleich der damalige Volksbeauftragte Ober sich schriftlich für Entmilitarisierung aussprach, berging Woche auf Woche, ohne daß trotz unentwegter Vorstellungen ein Entschluß fiel. Am 26. März vorlag der Dienstschimmel. In Wirklichkeit mußte er erfolgen, weil diese Pläne, denen sachlich nicht zu bezweigen war, unter den Tisch fallen sollten.“

Der Kampf begann und brachte vier Gegner auf den Plan. Neben dem Kriegsministerium selbst, das um seine mit einer Entmilitarisierung freierverbundenen Dienststellen baute. Es gab daher bezeichnenderweise die persönliche Lösung aus: „Ingenieure gegen Offiziere!“ Dann das Reichshauptamt. Aus aller langfristige fiskalische Politik des Sparans um jeden Preis erklärte es bei jeder Gelegenheit: „Keine Groschen für die Umstellung und für tüchtige Fachleute!“ Wichtig fanden zu beiden Gegnern des Demobilisationsamtes, das „keine andere Arbeit als reine Instandsetzung von kriegswichtigen Geräten“ zulassen wollte. Und im Hintergrund wirkte die Großindustrie mit leisen, aber wiederholt deutlich vernehmbar Einflüsterungen: „Wieder mit den Heereswerkstätten!“ So gabelte sich zur Sorge des Kriegsministeriums um Erhaltung von Offiziersstellen der Kampf der Privatindustrie gegen das Emporkommen neuer Arbeitsstätten, durch die ihr Gewinn an den zu vergebenden Staatsaufträgen beeinträchtigt werden könnte. Nicht die allgemeine Frage der Wirtschaftspolitik von Staatsbetrieben war dabei ausschlaggebend, auch nicht irgendwie das Interesse der Allgemeinheit, sondern einzig der eigene Egoismus.

Drängt es angesichts dieser möglichen Gefahr wunderbarerweise, daß die Träger sachlicher Vorschläge unterlagen: Romberg trat zurück. In seinem Rücktrittsgesuch sind die hier kurz skizzierten Gründe ausführlich niedergelegt. An seiner Statt

kämpfte ich eine Weile weiter; beiratet, was ich beste beehrte, jedoch ohne Erfolg. Nach und nach schieden alle bewährten Mitarbeiter aus. Was vorausgesetzt worden war, trat unabweisbar ein: Willkür, Arbeitslosigkeit, Anarchie! Während zu Anfang kaum Arbeiterschwierigkeiten vorlagen, entstand durch die geübte Verschleppungspolitik eine steigende Unruhe, die den dankbarsten Boden für die Entfesselung politischer Leidenschaften schaffen mußte. Niemals wäre es zu spät gewesen, mit der Arbeiterkraft auf Grund ausreichender Maßnahmen eine gesunde Basis für wieder ansteigende Wirtschaftlichkeit zu finden.“

Hier sind die wahren Gründe für die Stilllegung der Heereswerkstätten aufgedeckt. Die Darstellung dieses auf unterrichteten und in verantwortlicher Stellung tätigen Oberingenieurs zeigt, daß die Ministerien im Verein mit den Interessenten lange an der Aufgabe gearbeitet haben, die Inbetriebnahme der Heereswerkstätten für produktive Arbeit zu verhindern. Jetzt endlich haben sie dieses Ziel erreicht. Die Privatindustrie kann triumphieren, die unheimliche Konkurrenz und die drohende Sozialisierung hat sie mit Hilfe der „sozialistischen“ Regierung beseitigt.

Die Lebensmittelbestände der Heeresverwaltung.

Uns wird geschrieben: „Auf dem Proviantdepot Frankfurt a. O. lagerten Anfangs März d. J. 1900 100000 Kilogramm Butter, sogenanntes „Aufführungsgut“ d. h. Butter, die im Laufe des Monats, nach dem Zusammenbruch unseres Heeres aus dem Westen zurückgekommen und demnach nun mindestens vier Monate alt war. Niemand hatte daran gedacht, diese leicht verderbliche Ware sofort zum Verbrauch zu bringen, gedankenlos war sie eingelagert worden. Doch hiermit nicht genug. Auf demselben Depot lagerten außer so vielem, im freien Verkehr längst nicht mehr vorhandenen Lebensmitteln (wie z. B. 41 000 Kilogr. Reis, 10 000 Kilogr. Rüböl, 88 000 Kilogr. Vorkaffee, 84 000 Kilogr. Malzgerste und 6000 Kilogr. Tee, 5000 Kilogr. Kakao usw.), 800 000 Kilogr. — also 80 Waggons Roggenmehl und 25 000 Kilogr. Weizen. Das sind Waren im Werte von 18 Millionen Mark, die zum Teil durch völlig unvorsichtsbemähte Einlagerung und Lagerung dem Verderben preisgegeben wurden.“

Ebenso lagern in Langenmünde große Mengen Lebensmittel, wovon nur erwähnt seien 104 018 Kilogr. Gemüsekonserven, 129 589 Kilogr. Fleischkonserven, 8 218 000 Zigaretten und 10 653 600 Stück Zigaretten. Diese Waren lagern bereits seit Oktober 1918 und scheinen die zuständigen Behörden an eine Freigabe erst zu denken, wenn auch diese Waren verdorben sind.“

Was gedenkt das Reichsernährungsministerium zu tun, um diese Lebensmittel der bedürftigen Allgemeinheit zuzuführen und ihr Verderben zu verhüten?

Arbeitsgemeinschaft der Kerzestreichgegner.

Unter diesem Namen, so wird aus Kerzestreichern geschrieben, ist kürzlich in Berlin eine Arbeitsgemeinschaft von Kerzern gegründet worden, die es sich zur Aufgabe stellt, diejenigen Kerze zu organisieren, die bereit sind, im Falle eines Bürgerkriegs der Bevölkerung unbekümmert um politische Parteigehörigkeit die ärztliche Hilfe zu leisten.

Damit die Bevölkerung weiß, auf welche Kerze sie sich in solchen Fällen verlassen kann, werden die sich zur Verfügung stellenden Kerze bekanntgegeben. Es ist zu wünschen, daß in allen Städten ähnliche Gründungen entstehen und sich mit der Berliner Arbeitsgemeinschaft zusammenschließen.

Die Verweigerung der ärztlichen Hilfe und menschlichen Fürsorge von Seiten der Kerze, die von Natur dazu bestimmt sind, bedeutet einen Rückschlag in eine Barbarei, die nicht einmal der Weltkrieg gezeitigt hätte, und die aufzuheben man in der Geschichte diese Jahrhunderte zurückblättern muß. Von dieser Barbarei soll das deutsche Volk verschont bleiben.

Beitrittserklärungen und Anfragen sind zu richten an Dr. Gausel, Berlin W. 2, Goldschmidtstr. 18.

Aus der Parteipresse.

Die soeben erschienene Nr. 18 der unabhängigen sozialdemokratischen Wochenschrift „Der Sozialist“ enthält folgende Beiträge: Vorfrühe, von R. Weilschick; Neue Ansätze in der englischen Arbeiterbewegung, von G. Young;

Ueberinnere Kolonisation, von G. Fink; Deutsche Österreichs Politik, von R. Heing.

„Der Kampf“, die bekannte vorzügliche Monatschrift der Sozialdemokratischen Deutschösterreich, erscheint jetzt allwöchentlich. Die Redaktion führt Genosse Dr. Friedrich Adler.

Verbandsstag der Bauarbeiter in Weimar.

Weimar, 5. Mai.

Zweiter Tag.

Je eine Protesterklärung der Berliner und Leipziger Delegation über die gestrigen Vorgänge wird an Protokoll genommen. Der Bericht der Wandlungsprüfungskommission ergibt, daß 140 Delegierte (darunter eine ganze Reihe Verbandsangehörige), 23 Bezirkler, 8 Vorstands-, 2 Aufsichtsratsmitglieder und Silberstein als Vertreter der Generalkommission anwesend sind. — In der fortgesetzten Debatte über den Vorstandsbericht führte R. u. h. Adler interessante Details über die Behandlung im besetzten Gebiet an, und Portier-Karlruhe greift die linksstehenden Gruppen an, die ins Karrendhaus gehören. Die Kommunisten sollten austreten, sonst müßte man es bis zum Ausschluß kommen. Da den Russen in Berlin im Januar durch Spartakus habe er mit dem Gewehr in der Hand die Reichskasse verteidigt. So müßte es überall gemacht werden und die Russen in die Pfanne gebaut werden. (Stürmische Empörung bei der Rede.) Wer hänselt und pöbelt, muß hinaus. Nun stellt Merkel-Kimberg einen Schlusstrich vor, angenommen wird. Die beiden nächsten von den noch fünf gemeldeten Rednern waren O. Herder-Berlin und G. H. Frankfurter a. M.

Ellinger (Schlußwort): Berichte müssen wegen Raum-mangel gelürzt werden. In neuerer Zeit werden Angehörige von ihren Organisationen weggelassen (Parus von Herder.) Ja, es ist richtig, der Verband sollte Herder ausschließen.

Paepow: Der Verbandsstag mußte den üblichen Weg gehen und durfte in die sachliche Beratung der Ausschusstränge Paepow-Winnig nicht eintreten, sonst hätte er, Herder, den Verbandstag sofort verlassen. Die Verschmelzung mit verarmten Verbänden sei jetzt unmöglich. (Zuruf: Wann werden es die Arbeiter selbst machen.) Das Mitgliedensystem hatte einen sozialen Kern. Die Unterstützungsbewegung bei politischen Streiks lehnt der Vorstand — und alle Gewerkschaftsvorstände seien darin einig — ab; er könne die Politik von links mit der Handgrünse und An-die-Wandstellen nicht mitmachen. (Stürmische Widerspruch.) Der Vorstand habe die Schreibweise Winnigs angeregt und gebilligt. — Wenn in Leipzig — und Berlin scheint zu folgen — nicht bald Ruhe eintröbe, müsse der Vorstand das Licht auslöschen. —

Von den nun folgenden Mitteilungen sei erwähnt, daß ein Antrag des Ausschusses unserm, durch Demagogik eines Reichssozialisten, ausgewiesenen Genossen Brandler-Chemnitz für seine verdienstvolle langjährige Tätigkeit die Kasztrennung-Unterstützung, die vom Vorstand abgelehnt war, zugesprochen wurde. —

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Tarifvertrag. Paepow für den Vorstand längere zum Teil bekannte Ausführungen. Die frühere Klausel, Unterlassung von Kationen auf der Baustelle, sei im vorliegenden Entwurf beseitigt. Mit anderen Organisationen — Christlichen usw. — müssen wir zusammen arbeiten; der Tarif soll bis März 1900 gelten und erlasse auch jetzt das Arbeitsgesetz. Der höchste Lohn (Düsseldorfer) sei 2,70 M., der niedrigste bekannte 1,45 M. pro Stunde. — Wir haben für einige Orte, darunter Berlin, bei ausgetretenen Streiks die Unterstützung verweigert, den Berliner Streik aber nachträglich als berechtigt anerkannt. (Das Wort ist allgemein anerkannt.) Die Streikunterstützung sei zu erhöhen, eine Erhöhung um 50 Proz. sei nötig.

In der Diskussion legt Heidemann ausführlich die Berliner Verhältnisse dar und weist auf die Steigerung der Mitglieder von 8000 auf 15 000 hin. Lehmann-Berlin (Wegscheider) begrüßt die Beseitigung der Auszahlung des 5. St. W. B. B. tritt für ärztliche Verbandlung ein, forderte in überzeugender Weise und ausgedehnter Rede dem Antrag des Vorstandes (50 Proz. Streikverbot) rückwirkende Kraft zu geben, was später von Gollwitz mit dem Hinweis unterstrichen wird, um die Erbitterung in Berlin beseitigen zu lassen: Von der Richtenerkennung des Streiks durch den Hauptvorstand hatten die Unternehmern Wind bekommen und sind dadurch die Erfolge des Streiks beeinträchtigt worden.

Buchdruckerei in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. Main, 5. Mai.

Das technische Personal hiesiger Deuderosen ist seit heute in den Streik getreten. Die Zeitungen erscheinen daher bis auf weiteres nicht.

Die schwarzen Schatten kämpften erbittert. Dann machten sie sich gemächlich an die Arbeit: sie stopften ihre Sockeln voll Sande sie zu und traten den Ort zurück an. Sie nahmen sich nicht die Mühe, sie durch die engen Jalousien zu zwängen, sondern gingen geradewegs nach dem Tor, ohne Angst, mit jedem Schritt. Gelassen, ruhig, würdevoll. Auch Janos nahm einige nutzlose Dinge an sich: einen geräuschvollen Fächer, einige Knippen, Salzläster, einen Pfeifenstiel, und strebte, die alte Gewohnheit in Ehre haltend, dem Weitergehen zu. Da bliff es wieder über die schwarze Schar dahin:

„Zum Bahnhof!“
Trunken vor Aufregung, vor den überquellenden Affekten, schloß von der Handlungsfreiheit, hinterließen von dem Erfolge wenig die Menge wie eine Schallenklingel vor.

„Wir müssen den Bahnhof besetzen!“
„Wer sich widersetzt, muß niederschossen werden!“
Janos stellte seinen schweren Koffer auf vorzüglich wieder. Die Knippen klirren in seiner Tasche.

Durch die Tore strömten neue Scharen herbei: rotäugige, abgearbeitete, abgegrätzte Weiber, schmutzige, blasse und schäferige Burken, dem Janos ähnlich. Als ob das Raufen dieser Nacht mit Menschen und Trompeten beklügelte worden wäre: urplötzlich schloßen sie aus den Höhlen der Armut hervor, um Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Auch Janos ward von dem Feuer erfaßt, das unter seinem unangenehmlichen und friedlosen Leben glomm. Die Amnen, die Wärmnisse, das Frieren im harten Winter, das grausame Fliehen vor dem Reich der Polizeistuben, die Erinnerungen an all dies und an die Beschimpfungen und Prügel peinigten sein Blut auf: Wut, ohne Sinn, geseht, getrieben von unbekannten Leiden, schloßen, die keinen Namen haben, keine Worte haben, die heiß, verzehrend, versengend sind, wie Feuer.

Der Bahnhof schien mit seinem heiteren, lächelnden Licht ihren Anstrengungen zu spotten.

Die rennende, brüllende Menge blieb plötzlich stehen.

Vor dem Bahnhof versammelten sich Soldaten mit Maschinen-

maschne treiben. Dieses Dahinrennen hatte ebenso wenig Zweck wie sein ganzes Leben.

Er wollte noch einige Stroh, etwas Wärme, etwas Brot — und konnte vor die Maschinengetreue. Janos' Schmutz rief noch einige verzerrte Burken mit. Der Mann mit dem Knüttel erreichte sie leidend.

„Wohin? Gibt keine Angst!“
Unter dem Glasdach des Bahnhofgebäudes, im lächelnden Licht der Bogenlampen lauerten bereits die kleinen Ungeheuer: die Maschinengetreue. Neben den Maschinengetreuen standen Matrosen, ohne Aufregung gelassen. Ein Mann in Zivilkleidung schreie die Einberufenden an:

„Gehet ein!“
Seine Stimme war scharf und beschneidend. Er wartete einen Augenblick.

„Hört nicht, daß den ersten Tag der Revolution Bruderblut besteht! Geht die entwendeten Gegenstände zurück, geht nach Hause und seid dankbar dem neuen System, das nicht Strafe, sondern Vergebung bringt.“

Unschlüssig, verwirrt standen sie eine Weile. Der Mann mit dem Knüttel sprang vor sie hin:

„Ihr habt uns unsere Kinder geraubt, habt unsere Weiber in ein Loch gesperrt... Geht uns das Brot fortgegeben!... Wir geben nicht zurück!...“

Der Kommandant der Matrosen wollte noch etwas sagen, doch gingen seine Worte im Getöse und Gebell der Weiber unter:

„Nichts geben wir zurück!... Geht uns unsere Kinder zurück!... Geht uns das Leben zurück!...“

Beschimpfungen, wackere Worte stürzten sich wie Hagel auf die Soldaten. Dann trat der erste Stein seinen Flug an. Er flog pfeilerade, ein Matrose stürzte mit klünder Stirne zu seiner Waise nieder. Das Blut zeigte die aufgeschwollenen Wunden noch mehr. Der Verachtungswunsch — dieser gemeinwärtige Wahn der Schöpfung — erfaßte sie, sie ließ sie in entschlossenen, blinden Wahn: sie boten den Soldaten, den Maschinengetreuen die Stirne. Lachen, ohne zu wissen, daß sie gegen eine ungerechte Gesellschaftsordnung aufschloßen kämpften.

Steine, Stöße, Eisenstücke, Stöckelstumpen passierten auf die Soldaten nieder. Janos kämpfte vorne. Resolvent knallten, bangtend aufflackernd, wie die Herolde eines Bewitters, wie ankende Blitze. Die Weiber kreischten entsetzt, Verwundete röhnten, jammerten, die Steine und Eisenstücke wühlten Lacer-

dichter nieder, fast hatten die Angreifer die Maschinengetreue erreicht. Doch riefen da die kleinen Ungeheuer die heulenden Mütter auf und spien Tod. Ins Gesicht der Maschinengetreue röhnten die lebenden Mütter. Quaken schrien, auf den bläulichen Lippen erstarben die Worte.

Janos kämpfte vorne. Er schloß die Augen. Das Ganze deutete ihm ein unruhiger Traum.

Da trat eine Kugel ihren Weg an, sicher und selbstbewußt. Sie ließ dem Janos in den Kopf, genau zwischen die beiden Stirnwunden. Hinter ließ sie betäubt, Müdig aus der Bodenwelt, unter der Schädeldecke einen regelrechten Tunnel bohren. Janos staunte einen Augenblick mit starr verwunderten Gesicht in das tospendende schwarze Rohr. Dann stürzte er zu Boden.

Es dümmerte. Der Kampf war längst entschieden. Zwischen Waggons, Kisten, Lumpen, Trümmern, Blutlachen, die von dem Geheimnis der Nacht sprachen. Und zwischen dem Schmutz von Lumpen und Kohlentümmern lag mit in die Erde gebrochener Gesicht ein Toter. Die übrigen, die Toten und Betäubten, hatten die Aufständischen der Nacht in die Höhlen des Elends, in ihre Kaulentümmern mit sich geschleppt. Nur dieser eine hatte niemand, nicht einmal im Tod. Wie ein erschlagener Hund lag er dort. Der kleine Tote der Revolution.

Ein Matrose beugte sich zu ihm nieder und schüttelte den Kopf. Er hatte in der Tasche des Knaben vier Knippen gefunden.

Stiller und Schwermut. Das Lied, das der sterbende Dichter im Borgefühl des Todes sang, wird im Volksmunde als Schwermut bezeichnet, wobei der Glaube, daß der Schwermut im Angesicht des Todes singt, die Ursache dieser Bezeichnung ist. Die Mär vom Schwermut läßt sich naturwissenschaftlich begründen. Wenn bei hohem Frostwetter die Gewässer mit Eis bedeckt sind und dadurch gerade die Nahrungsmittel des Singvogels, die Larven, zugefroren sind, kommt sich die Vögel im bereinigten offenen Seelen des Wassers und belagern mit melancholischem Geschrei ihr Nahrungsmittel, da sie nicht zu ihrem Futter gelangen können. Schilling, der den Singvogel eingehend beobachtet hat, meint, man müßte das singende Stücken mit Glasbläsern, das mit Tönen von Blasenorgeln verglichen. Wirklich ist der Gesang häufig das Ständelied der verzehrenden Dämonen.

Gewerkschaftliches.

Bund sozialistischer Gewerbetreibender.

Am Montag, den 28. April, fand die erste Generalversammlung des neugegründeten Bundes sozialistischer Gewerbetreibender statt. Die Versammlung beschäftigte sich mit Beratung der Statuten. Das wesentlichste daraus ist der Zweck der Organisation, der wie folgt formuliert worden ist:

Zweck der Organisation ist die Mitarbeit an dem Aufbau des sozialistischen Wirtschaftssystems.

- a) Schaffung einer Vertretung in allen Stufen des wirtschaftlichen Systems.
- b) Mitarbeit sachverständiger Mitglieder des Bundes bei der Sozialisierung bzw. Kommunalisierung des Handels und des Gewerbes und Durchsetzung der Anerkennung durch die zuständigen Stellen.
- c) Bergleichung der Produktionsverteilung.
- d) Unterstützung der Genossen im wirtschaftlichen Kampf gegen das Großkapital bis zur erreichten Sozialisierung im engen Zusammenwirken mit der organisierten Arbeiterschaft.

Der Bund beschließt, überall Zweigstellen im Reiche zu errichten, und werden Genossen, die sich dafür interessieren, gebeten, sich wegen Organisationsmaterial usw. an den Vorsitzenden des Bundes, Genossen Edelstein, Berlin SW. 20, Belle-Alliance-Str. 47, zu wenden.

Die Schmiede hielten am Sonntag eine außerordentliche Versammlung in der Aula des Sophien-Gymnasiums ab. Kollege Ulrich hielt einen Vortrag über das „Räuberthum“. Nebenher wurde die Gründung der „Räubertruppe“ während anfangs sehr große Massen der Arbeiterklasse auf dem Boden der Nationalversammlung standen, ist jetzt der Gedanke einer Räuberrepublik weit verbreitet. Auch die Regierung hat Kommissionen vom Reichstag ausmachen müssen, die sich über nicht befriedigende Verhältnisse der Arbeiterklasse nach dem Zustand der Profitorientierung zum Sozialismus zu informieren. Unter Branchenangelegenheiten wurde darauf hingewiesen, daß die Rechtssozialisten auf eine Spaltung im Metallarbeiterverband hinarbeiten. Das Verhalten des Kollegen Stiering, der an der Bildung der Streikbrecherorganisation der Garde-Kavallerie-Schützenbataillon mitgewirkt hat, wurde scharf verurteilt. Der Hauptvorstand des Verbandes hat die Umberufung eines Schmiedekongresses abgelehnt, trotzdem für andere Berufe Sonderkongresse stattfinden. Ein Antrag, die Arbeitszeit auf sechs Stunden zu vermindern, wurde einstimmig abgelehnt, während die Arbeitszeit zu vermindern, wird dem Betriebsrat zur Entscheidung überwiesen.

Streik der Maler und Anstreicher der Küchenmöbelbranche. Die Maler und Anstreicher, die durch einen gemeinsamen Lohnvertrag mit den Tischlern der Küchenmöbelbranche verbunden sind, nahmen am Montag in einer Versammlung im Gewerkschaftshaus Stellung zum Kampf in der Holzindustrie. Durch einen gemeinsamen Schiedsspruch ist den Berliner Holzarbeitern ein Stundenlohn von 1. April ab von 40 Pf., vom 1. Mai ab von 50 Pf. zugesichert worden. Da die Unternehmer sich diesem Schiedsspruch nicht unterwerfen wollten, sind die Holzarbeiter am Montag früh in den Streik getreten. Eine Vertretungsmänner-Versammlung der Maler aus der Küchenmöbelbranche hatte beschlossen, unter allen Umständen die Forderungen der Tischler zu unterstützen und auch für die Maler durchzusetzen. Die Versammlung am Montag machte es den Malern zur Pflicht, in den Tischlerstreik, wo die Forderungen in der geforderten Höhe nicht gegolten werden, die Arbeit einzustellen. Es soll darauf geachtet werden, daß die Forderungen einheitlich erhoben und durchgeführt, und daß für die nach dem 1. April geleistete Arbeit die Zuschläge nachgezahlt werden.

Der Kreisrat der Elemente u. Kasse W.-O. Bernerwerk, teilt mit, daß ehemalige Angehörige des Bernerwerks, die auf Grund der Demobilisierungsverordnung entlassen wurden, und nach dem Kollektivabkommen noch Lohn zu erhalten haben, sich im Lohnbüro melden müssen.

Kriegsbeschädigten Vertrauensleute der K. V. Nord-Brandenburg am Donnerstag vormittag 9 Uhr, alle Punkte.

Einlasser, Glanzherm und Hoffendoten. Am Mittwoch abend 6 Uhr bei Hennig, Alexandrinerstr. 44, wichtige Vertrauensmänner-Sitzung. Mitgliederlisten bzw. Bücher sind zu hinterlegen.

Aus dem Gemeindeleben.

In Steglitz haben die beiden unbesoldeten Schöffen Jürgen und Winkler ihre Ämter niedergelegt. Bei der Neuwahl wurden sie wiedergewählt; unsere Genossen haben weiche Knie ab. Dasselbe taten unsere Genossen bei der Wahl der Kreisabgeordneten, die von den Rechtssozialisten aufgestellt waren. Der Antrag, die Schöffengalt zu erhöhen, ist von der Regierung abgelehnt worden, es soll nochmals Mißtraue gehalten werden, ob nicht ein Verzicht vorliegt. Die Beförderung für die Angehörigen der Gemeinde, die bereits einmal von der Gemeindevertretung an den Besoldungsausschuß zurückverwiesen wurde, lag erneut vor. Sie wurde mit geringen Änderungen angenommen. Alle Anträge unserer Parteigenossen, in denen eine Aufbesserung der Bezüge der Unterbeamten gefordert, wurden durch die bürgerlichen Parteien, Bürgerbund und Demokraten, niedergestimmt.

Ein Dringlichkeitsantrag unseres Gen. Jachow forderte die Einsetzung einer Kommission, die sofort bei der Regierung und den zuständigen Stellen vorstellig werden sollte, um die schleunigste Vermeidung der Schule in der Ringstraße für Schulzwecke zu ermöglichen. Gen. Jachow wies darauf hin, daß die Zustände durch die Verlegung dieser Schule mit Militär nachgerade unerträglich geworden sind. Haben doch jetzt die Kinder, die sämtlich aus dieser Schule nach der Schule am Markussplatz überwiesen sind, abwechselnd mit den Kindern aus der Markusschule nur noch einen Tag, um den anderen Schulunterricht. Der Antrag fand einstimmige Annahme, auch der Gemeindevorstand erklärte seine Zustimmung. Der gewählte Kommission gehört auch der Gen. Jachow an.

Friedenau. In der letzten Gemeindevertreter-Sitzung wurden u. a. einige wichtige Punkte verhandelt und zwar: 1. Erhöhung der Zahl der Schöffen auf 10 und Rücktritt des alten Gemeindevorstandes. Die Demokraten, welche den Antrag einbrachten, verlangten gleichzeitig, daß auch der Kommunale N. und S. Rat zurücktrete. Genosse Dettmer sprach im Namen der unabhängigen Fraktion. Er verteidigte die kommunalen Arbeiter und bewies ihre Notwendigkeit. Dem Antrag auf Erhöhung der Schöffenzahl und Rücktritt des Gemeindevorstandes stimmte die unabhängige Fraktion zu. Trotzdem wurde der Antrag mit 23 gegen 21 Stimmen abgelehnt, da der alte Gemeindevorstand sich nicht schämte, für sich selbst zu stimmen. — Bei dem zweiten Punkt handelte es sich um die Bewilligung von 50 000 M. für die Einwohnerwehr. Dem Genossen Müller, der die Einwohnerwehr als politische Masse des Bürgerums bezeichnete, wurde durch einen Schlußantrag des Bürgermeisters das Wort abgeschnitten. Die 50 000 M. wurden gegen die Stimmen der beiden sozialistischen Fraktionen bewilligt. Die Arbeiter Friedenau werden sich merken, wofür die bürgerlichen Gemeindevertreter ihr Geld ausgeben.

Groß-Berlin.

Der Ester und das rote Tuch.

Auf dem Wilmersdorfer Rathaussturm flatterte am 1. Mai die rote Fahne. Der reaktionäre Bürgerrat geriet darob in heftige Wut. Er hat noch am selben Tage zu diesem schändlichen Vorgang Stellung genommen. Da er noch genügend Papier zur Verfügung hat, hat er an den Magistrat von Wilmersdorf ein Schreiben und an das preussische Ministerium des Innern ein Telegramm gerichtet, in dem es u. a. heißt:

„Am Nationalfeiertag dürfen nur nationale oder städtische Fahnen Verwendung finden, aber keine Parteifahnen. Wir protestieren gegen dieses Vorgehen auf das Energischste und verlangen die sofortige Entfernung der roten Fahne.“ Außerdem will der Bürgerrat Rücksicht darauf haben, auf wessen Veranlassung „diese neue Herausforderung der Bürgerchaft“ erfolgt sei.

Uns wundert nur, daß der Bürgerrat sich nicht gleich an das Eidenhofel wandte und ein Freiwilligenlopp ausbieten ließ, damit dieses mit Handgranaten, Maschinengewehren und Flammenwerfern gegen den drohenden Umsturz vorgehe. Die Herren vom Bürgerrat machen sich durch ihre Selbstzerrenzung nur lächerlich. Ob am Nationalfeiertag nur nationale Fahnen zu verwenden sind, darüber läßt sich die Arbeiterschaft keine Vorschriften machen. Außerdem müßten wir den Herrschaften ein wenig mehr Toleranz empfehlen. Seit der Revolution haben der revolutionären Arbeiterschaft mehr wie einmal die schwarz-weiß-roten Tücher vor der Nase herumgeballt. Sie hat deshalb keine Protesttelegramme losgelassen, obwohl es wahrhaftig keine besondere Ehrung ist, dieses Tuch vor Augen zu sehen, das während des dreieinhalbjährigen Krieges als Symbol für alle verübten Verbrechen und Grausamkeiten des Militarismus galt.

In Friedrichshagen wehte gleichfalls am 1. Mai die rote Fahne vom Rathaus. Hier drangen Regierungstruppen, die dort eingequartiert waren, ins Rathaus und holten die Fahne herunter und zerrißen dieselbe. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung erhoben alle Vertreter einschließlich des Gemeindevorstandes Protest gegen diesen Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht der Gemeinde, der eine schwere Provokation der Einwohnerchaft darstelle. In Wilmersdorf allerdings geht die bürgerlichen Herrschaften. Hier haben sie allerdings zu bestimmen. Was so eine rote Fahne erreichen kann.

Wahlen zum Kreistage.

Die Wahlen zu den Kreistagen sollten am 4. Mai vollzogen werden. Sie schienen unter schwacher Beteiligung gestanden zu haben, aber bemerkenswerter ist wiederum, wie überall die Stimmen der Rechtssozialisten rapide zurückgehen und unsere Stimmenzahl steigen. In Alt-Adenau betrug die Wahlbeteiligung 88 1/2 Prozent. Es wurden abgegeben: U. S. P. D. 804 Stimmen (bei der Wahl zur Nationalversammlung 943), S. P. D. 754 (Nationalversammlungswahl 1259), sämtliche bürgerlichen Parteien 485 (Nationalversammlungswahl 778). Demnach ist unsere Partei die stärkste am Orte; während bei der Nationalversammlungswahl die S. P. D. gegenüber unserer Partei einen Vorsprung von 816 Stimmen hatte.

In Marienfelde dieselbe Erscheinung. Er erhielten:

Rechtssozialisten 324 (bei der Nationalversammlung 769), U. S. P. D. 434 Stimmen. Für die Unabhängigen wurden 303 Stimmen abgegeben gegen 308 früher, ein Verlust von 47. Bei der Wahlbeteiligung 113, dem 109 Stimmen. In diesem für uns so günstigen Ergebnis hat die Postkarte die Zeit beigetragen. Die U. S. P. D. hatte zu Sonnabend eine Wahlversammlung, die nicht, in der Genosse Schmidt vom Arbeiterrot referierte. Raum hatte der Referent das Wort genommen, wurden die Arbeiter aufgerufen und mit vorgehaltenen Revolvern hätten etwa 20 Offiziere und Unteroffiziere in den Saal, um die Versammlung zu sprengen. Vom Vorsitzenden aufmerksam bemerkt, daß das eine Wahlversammlung sei und sie keine Versammlung eine solche auszulösen, erklärte der Anführer, daß er sich gar nicht an, er habe den Befehl von „oben“. Inzwischen vermehrte sich der Versammlung eine große Erregung und Unruhe, und um allen vorzubeugen, erklärte Gen. Te. Gollitz, Charlottenburg den Versammelten, daß wir uns der Gewalt fügen müßten, selbstverständlich aber Protest gegen diese ungesetzliche Handlung erheben würden. Daraufhin gingen die Versammelten aus dem Saal und wollten nun an der Versammlung der Rechtssozialisten teilnehmen und dort an der Diskussion teilnehmen. Aber wir trauten unseren Augen kaum, als wir im Loksaal vor deren Versammlungsaal, und die dazu gehörigen Jachowen auch in das andere Lokal eindringen sahen. Dort erhoben sich die Versammelten nicht einmal von den Plätzen, sondern nach Verlauf einiger Minuten waren auch sie an die Luft gelassen worden. Die Tatsachen sprechen für sich.

Lichtenrade. Bei der Kreiswahl wurden abgegeben: für die U. S. P. D. 236 Stimmen für die S. P. D. 217 Stimmen, für die Dem. 168, für die Bürgerlichen 131. Die Wahlbeteiligung war sehr schwach. Amtsentzug: U. S. P. D. 247 S. P. D. 223. Bürgerl. 128. Buch: U. S. P. D. 411, S. P. D. 251. Bürgerl. 318. Schönau: U. S. P. D. 115, S. P. D. 108. Bürgerl. 65. Christl. Volksp. 3. Bauernpart. 1. Schwanebeck: U. S. P. D. 29. Bürgerl. 68. Birsholz: U. S. P. D. 11, S. P. D. 11. Bürgerl. 14. Dellenseer k. Teagl. U. S. P. D. 172, S. P. D. 65, Dem. Front 112, Volkspartei 80.

Zur Müllabfuhr.

Die Zustände auf den Höfen Berlins sind grauenvoll. Der Müll wächst bergebend. Der Magistrat fordert jetzt sämtliche Fuhrwerkseigentümer, welche zur Müllabfuhr geeignete Wagen besitzen, auf, sich zur Übernahme der Abfuhr des Mülls von Berliner Grundstücken unterjährig bei der Direktion der Stadtmüllabfuhr, Schiedsstr. 6, zu melden.

Die Arbeiter-Samariter am 1. Mai. Auf der Spielwiese im Treptower Park, welche dicht gedrängt von Menschen besetzt war, war in der Unterfestschule eine Bude aufgestellt, welche 22 Samariter und Samaritinnen zur Verfügung hatte. In Umkleekabinen, darunter Herzkrämpfe, gewöhnliche Krämpfe, Ohnmächts- und Magen-schmerzen, Kopfschmerzen usw. bekommen, größtenteils bei Kriegsbeschädigten und bei einem Kinde. Im Friedrichshagen war der Andrang nicht so groß. Infolge des im gleichen Stadium 10 bis 12 vorgelassen; dort waren 15 Personen stationiert. Im Humboldthain war der Andrang sehr groß, dort war ein großer Heil ausgeübt, in welchem 23 Samariter ihrer Tätigkeit enthielten. Es wurden 80 Fälle kräftiger und starker Natur behandelt. Die verlaufenen Kinder wurden zur Abholung aufbewahrt. Im ganzen waren die Samariter am morgens 7 Uhr bis nachmittags 4 Uhr in Tätigkeit, welche alle den freiwilligen Samaritern Dienst mit Liebe und Sorgfalt auszuführen gelang.

Internationales Band der Kriegsbeschädigten und Kriegerwitwen. Bezirk Südost. Donnerstag, den 8. Mai, 8 Uhr abends, im Bergisch-Casino, Markheide-Platz 4, außerordentliche Mitgliederversammlung.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen. Bezirk 3 (Südost). Große Versammlung von Angehörigen am Donnerstag, den 8. Mai 1919, abends 8 Uhr, in der Schulaula, Lausitzer Platz 9.

Aus den Organisationen.

Steglitz. Donnerstag, den 8. d. M., abends 8 Uhr, öffentliche Versammlung, Reichshaus, Nordstraße (Eidenhofplatz). Genosse Dr. Löwenstein über: Die Schule und unsere Zeit. Freie Jugend, Öffentlich. Beihilgen, jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen ergehen in Klassen zu der am Dienstag, den 4. in Lokal Lehmann, Bohnhoffer, 44, um 1/2 Uhr nachmittags stattfindenden Besprechung. Es handelt sich um die Besserung der wirtschaftlichen Lage.

Spiel und Sport.

Der Arbeiter-Schachklub Südost hat am 1. Mai eine öffentliche Versammlung, über den Antrag, die Mitglieder der sozialistischen Parteien, in Zukunft auch den „Vormärts“ als Parteimitglieder zu bezeichnen, zur Tagesordnung überzugehen, wurde nicht wie mitgeteilt, fast einstimmig, sondern mit 60 Stimmen gegen 68 Stimmen gefaßt.

Briefkasten.

Schub. Felber fehlt uns der Raum, um Ihre Zuschrift zu veröffentlichen. Wir bitten Sie daher, sie im Sekretariat der Redaktion wieder abzugeben.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Dielepp. Redaktion: Verlagsgesellschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck: Verlagsbuchhandlung und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 10.

Deutscher Metal-Arbeiter-Verband
Verwaltungssitz Berlin

Nachruf!
Den Kollegen zur Nachricht, daß unsere Kollegen derl Schleifer

Ernst Prüfer,
Köpenicker Ufer 28, am 1. d. Mts., die Arbeiter.

Charlotte Winter,
Köpenicker Straße 22, der Farmer

Joseph Pichler,
Wellener Straße 14, am 29. 4., der Arbeiter

Fritz Pagel,
Ankumer Straße 14, am 26. 4., der Dreher

Friedrich Schrei,
Reinickendorfer Straße 64 am 1. d. Mts., der Drucker

Karl Neumann,
Badstraße 19, am 24. 4., der Dreher

Leonhardt Hanisch,
Reppeler Straße 16, am 26. 4., die Arbeiterin

Meriba Grothe,
H... am 28. 4. verstorben sind.

Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband
Bezirksverwaltung Groß-Berlin

Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Kollegen, der Wächter

Franz Lix
am 29. April im Alter von 29 Jahren, der Bierfahrer

Gustav Wegner
von der Firma Finghardt am 30. April im Alter von 42 Jahren verstorben sind.

Ehre ihrem Andenken!
Die Bezirksverwaltung.

U. S. P. Weibensee

Nachruf.
Unsere Mitglieder zum Kenntnis, daß am Freitag, den 2. Mai unser Genosse

Richard Hampel
nach langem, schwerem Leiden im Alter von 56 Jahren verstorben ist. Er war langjähriges Mitglied unserer Organisation und hat auch während der schwersten Zeit treu zu derselben gestanden.

Ehre ihrem Andenken!
Sich Andenken werden wir stets in Ehren halten. Die Bezirksverwaltung.

3 zuverlässige Botenfrauen
zum Austragen der „Freiheit“ (für sofort gesucht, Meldungen Schilddamm 19 III)

Teppich!
echten oder getrockneten deutschen Teppich sucht Frau Grete Köber, Charlottenburg, Kant-Str. 141, Steinplatz 246.

Kleine Anzeigen

Hingerichtet sind die Augen aller auf die Rechtsdetektive „Wahrheit“ Anskritio. Beobachtungen, Verfolgungen! Sämtliche Rechtsdetektive! Herorragende Erfolgs! Kottbuser Dam 65, Neanderstr. 7, Adalberstr. 3, Große Frankfurter Straße 10, Neukölln, Langer Straße 89.

Promenadenwagen. gut erhalten, zu verkaufen, Dresdner, Neussstr. 55 III.

Wolgemäde. spottbillig (Wieserväcker) zu verk., Potsdamerstr. 77a v III. Orie.

Neu! Die alte Matratze. Tisch, Kleiderwanne, verschiedene Wäcker verkauft Müllers, Potsdamerstr. 12, Stütz.

Hohen-Neuendorf

Die -petition für Hohen-Neuendorf, Birkenwerder, Borgdorf, Bergstraße 8. Stolpe befindet sich gegenwärtig bei

Max Gr Bmann, Hohen-Neuendorf
SchönflieBer Straße 6.

Wir bitten alle unsere Abonnenten nennbar sich an die Adresse zu wenden. Verlag „Freiheit“ E.O.M.

Mandoline
35 Mk.
m. Messingbünde, Toninstrumente, G-igen, neu u. eingespielt für Konzert u. Unterricht, lahm, gealterte Instrumente.

Formkäse, Käse, Gänder, Konzertlaute 70 Mk.
Verlangen Sie Preisliste! Gitarren 40 Mk. Zither 35 Mk.

Unterlegungen in G. Auswahl, Notentafel, z. Klavier, für Klavier und Orgel.

Sprechmaschinen - Platin
neu, eingetrollen.

Musik-Haus A. Guddat
Bredde, Berlin Straße 47, 48

Botenfrauen
sucht sofort!
Charlottenburg, ...

Platin
zu den höchsten Preisen, 120 Mark, ...

Insere
für den ...